

21. 06. 2017

RESOLUTIONSANTRAG



der Abgeordneten Mold und Waldhäusl

zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2018,
LT-1595/V-5-2017

betreffend **Entlastung der Freiwilligen Feuerwehren und Gesundheitsschutz ihrer Mitglieder**

Die Freiwilligen Feuerwehren sind eine unverzichtbare Säule unseres Sicherheitssystems, welche nicht mehr wegzudenken ist. In Niederösterreich sind ca. 98.000 Mitglieder Tag und Nacht freiwillig und unentgeltlich für unsere Bürgerinnen und Bürger im Einsatz. Dabei riskieren sie oft ihre Gesundheit oder ihr Leben, um anderen Menschen zu helfen.

Es ist daher notwendig, Menschen die sich dem Dienst der Allgemeinheit stellen, bestmöglich zu unterstützen. Die Einsatzstatistiken der letzten Jahre zeigen eindeutig einen Anstieg bei technischen Einsätzen, insbesondere bedingt durch die Zunahme an Naturkatastrophen und technischen Unglücksfällen.

Diese Entwicklung wird auch bei der Festlegung der notwendigen Feuerwehrausrüstung im Rahmen einer Risikoanalyse des jeweiligen Gemeindegebiets berücksichtigt. Daraus ergibt sich vor allem ein hoher Bedarf an technischer Ausrüstung.

Durch die Lage der öffentlichen Haushalte wird es immer schwieriger, die notwendigen Finanzmittel aufzubringen.

Obwohl der Landtag schon mehrmals, zuletzt im Juni 2016, gefordert hat, für die Beschaffung von gesetzlich vorgeschriebenen Fahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen eine Grundlage zu schaffen, um eine Rückerstattung der Umsatzsteuer zu ermöglichen, konnte noch immer keine Lösung gefunden werden.

In Niederösterreich werden jährlich rund 150 Fahrzeuge neu angeschafft. Alleine die Umsatzsteuer bei diesen Fahrzeugen beträgt durchschnittlich ca. 4 Mio. € pro Jahr. Dazu kommen die Kosten für sonstige Ausrüstungsgegenstände.

Ein Ausgleich – etwa in Form eines Zweckzuschusses - der Mittel in der Höhe, die die Freiwilligen Feuerwehren bisher für die Umsatzsteuer aufzubringen haben, zugunsten künftiger Anschaffungen der Feuerwehren ist daher dringend geboten und würde daher nicht nur die Feuerwehren, sondern auch die Gemeindebudgets erheblich entlasten.

Die steigende Anzahl an Bedrohungsszenarien führt in vielen Fällen auch zu einer Erhöhung des Gefährdungspotenzials für die Einsatzkräfte selbst. Es ist daher notwendig, die Aufrechterhaltung der Gesundheit der Freiwilligen Feuerwehrmitglieder bestmöglich zu gewährleisten.

Wiederholt hat daher der Landtag gefordert, auch die Feuerwehrmitglieder in die Risikogruppe der gefährdeten Berufsgruppen einzustufen und damit eine kostenlose Hepatitisimpfung zu ermöglichen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung

- an die Bundesregierung heranzutreten und diese zu ersuchen, rasch Maßnahmen zu setzen, um den Freiwilligen Feuerwehren für künftige Anschaffungen – etwa in Form eines Zweckzuschusses - Mittel in jener Höhe zukommen zu lassen, die sie bisher für die Umsatzsteuer auf vorgeschriebene Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände zu tragen haben, und
- an die zuständigen Sozialversicherungsträger heranzutreten und diese zu ersuchen, Freiwillige Feuerwehrmitglieder als exponierte Personen in die Risikogruppe der gefährdeten Berufsgruppen einzustufen und damit eine kostenlose Hepatitisimpfung zu ermöglichen.“